

# Synopse

Wahlprogramme der Parteien  
und DGB Positionen zur Europawahl 2014

**Verantwortlich:**

DGB Bundesvorstand | Abteilung Europapolitik

Gabriele Bischoff ([gabriele.bischoff@dgb.de](mailto:gabriele.bischoff@dgb.de))

Stand: 29. April 2014

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa .....</b>	<b>3</b>
Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte in Europa .....	3
Gute Arbeit durch eine starke Mitbestimmung .....	3
Faire Mobilität und faire Regeln für den europäischen Arbeitsmarkt .....	4
Sicherheit durch ein vollständiges Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht in Europa .....	4
Sichere Renten in Europa .....	5
Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik menschlich gestalten .....	5
<b>2. Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa.....</b>	<b>6</b>
Ein Europäisches Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Marshallplan) .....	6
Umbau der Europäischen Union zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion .....	6
In Europas Jugend investieren!.....	8
Soziale und ökologische Leitplanken für den Binnenmarkt schaffen .....	9
Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für den sozial-ökologischen Wandel .....	9
<b>3. Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa.....</b>	<b>10</b>
Demokratiekonforme Marktwirtschaft statt „marktkonforme Demokratie“ .....	10
Grundrechte sichern und fördern! .....	11

Berücksichtigt wurden die bisher im EP vertretenen Parteien aus Deutschland

## Quellenangaben

DGB 2013, Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 5. November 2013, <http://bit.ly/1IHgTgs>

CDU 2014, Gemeinsam erfolgreich in Europa. Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitags der CDU Deutschlands, <http://bit.ly/1mGuFjb>

SPD 2014, Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014, <http://bit.ly/1d6NqsM>

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2014, Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, <http://bit.ly/1psenwi>

FDP 2014, BESCHLUSS des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014. Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014, <http://bit.ly/1p3Bo2U>

DIE LINKE. 2014, Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch. Programm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014, <http://bit.ly/1qLywr>



## 1. Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa

### Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte in Europa

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ klares Bekenntnis zur <b>Tarifautonomie</b>; Tarifautonomie in EU-Verträgen wirksam sichern</li> <li>▪ Wahrung der Autonomie der <b>Sozialpartner</b> sowie Respekt der europäischen Sozialpartner</li> <li>▪ Sicherung und Ausbau von <b>Arbeitnehmerrechten</b></li> <li>▪ Kein Abbau bestehender Arbeitnehmerrechte unter dem Vorwand des Bürokratiebaus (REFIT)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Tarifautonomie</b> und Mitbestimmung sind ein hohes Gut</li> <li>▪ <b>Sozialpartnerschaft</b> in der EU zu einem Erfolgsmodell entwickeln</li> <li>▪ Unterstützung des Vorhabens der EU-Kommission, sämtliche Gesetzesvorhaben einem Wettbewerbscheck zu unterziehen (REFIT)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Prinzip der <b>guten Arbeit</b> stärker in Politik der EU verankern</li> <li>▪ <b>Tarifautonomie</b> und Sozialpartnerschaft respektieren</li> <li>▪ <b>Tarifautonomie</b> im europäischen Recht und im Rahmen des Europäischen Semesters sichern</li> <li>▪ <b>Arbeitsschutz</b> ausbauen</li> <li>▪ Verstöße gegen das <b>Arbeitsrecht</b> ahnden und sanktionieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Tarifautonomie</b> wahren</li> <li>▪ <b>Sozialpartner</b> bei der Erarbeitung der Empfehlungen des Europäischen Semesters einbinden</li> <li>▪ <b>Arbeits- und Sozialstandards</b> in der EU stärken</li> <li>▪ Stärkere EU-weite Koordinierung von <b>Tarifverhandlungen</b></li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorrang <b>Tarifautonomie</b> vor Freiheit der Märkte</li> <li>▪ Recht auf <b>politischen Streik</b> europaweit</li> <li>▪ Mindestregelungen für ein <b>europäisches Tarif- und Sozialsystem</b></li> <li>▪ Möglichkeiten <b>grenzüberschreitender Tarifverträge</b> und <b>Streikaktivitäten</b> verbessern</li> </ul>
---	---	---	--	--	--

### Gute Arbeit durch eine starke Mitbestimmung

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Mindeststandards für die Mitbestimmung in <b>Unternehmen mit europäischer Rechtsform</b></li> <li>▪ Evaluation und Verbesserung der <b>Eurobetriebsräte-Richtlinie</b></li> <li>▪ Verbesserung der <b>Informations- und Konsultationsrechte</b></li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Standards für Mitbestimmung in <b>Unternehmen europäischer Rechtsform</b> ausbauen</li> <li>▪ <b>Eurobetriebsräte-Richtlinie</b> evaluieren und verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung der <b>Europäischen Betriebsräte</b></li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Solidarität und Kooperation der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg stärken. <b>Europäische Betriebsräte</b>, die grenzüberschreitende Solidarität, Information und Zusammenarbeit ermöglichen, sind ein erster Schritt.</li> <li>▪ Gegen Umgehung des <b>Mitbestimmungsrecht</b> der Mitgliedstaaten durch Verlagerung des Unternehmenssitzes innerhalb der EU</li> </ul>
---	--	--	---	--	---



### Faire Mobilität und faire Regeln für den europäischen Arbeitsmarkt

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zurückdrängung <b>prekärer Beschäftigungsverhältnisse</b> zugunsten dauerhafter, sozial geschützter Arbeitsverhältnisse</li> <li>▪ Stärkung der Rechte <b>mobiler Arbeitnehmer/innen</b></li> <li>▪ Die <b>Überarbeitung der Entsenderichtlinie</b> und die Sicherstellung des Prinzips <b>Gleichen Lohn für gleiche Arbeit</b> am gleichen Ort europaweit</li> <li>▪ Absicherung und Verbesserung des <b>Arbeits- und Gesundheitsschutzes</b></li> <li>▪ Respekt der EuGH-Urteile bzgl. <b>Bereitschaftsdienst</b> und <b>Ausgleichsruhezeiten/ Abschaffung des individuellen Opt-Out</b></li> <li>▪ Kampf gegen <b>Schwarzarbeit, Korruption</b> und die Schattenwirtschaft</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vermittlung von Arbeitskräften und –plätzen in der EU verbessern; <b>Mobilität</b> steigern</li> <li>▪ Verstärkt qualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern gewinnen</li> <li>▪ Entsenderecht so gestalten, dass Arbeitnehmer wirksam vor Lohn- und Sozialdumping geschützt werden; effektive Kontrollmöglichkeiten; Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss gelten</li> <li>▪ <b>Arbeitnehmerfreizügigkeit</b> nicht von Armutswanderung überlagern lassen; konsequenter Verwaltungsvollzug vor Ort bei Missbrauch</li> <li>▪ Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und <b>Schwarzarbeit</b></li> <li>▪ Unbürokratische Übertragbarkeit der Ansprüche auf <b>Altersvorsorge</b> gewährleisten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Prekäre Beschäftigungsverhältnisse</b> zurück drängen; Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen unterbinden</li> <li>▪ Rechte der <b>mobilen Beschäftigten</b> verbessern und Kontrollen verschärfen; Ausbeutung insbesondere von Arbeitsmigranten beenden</li> <li>▪ Entsenderecht anhand des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort weiterentwickeln; Rechte entsandter Beschäftigter in der Durchsetzungsrichtlinie verbessern, Kontrollen verschärfen</li> <li>▪ <b>Gleicher Lohn für gleiche Arbeit</b> am gleichen Ort für alle;</li> <li>▪ <b>Schwarzarbeit</b> zurückdrängen</li> <li>▪ Europäischer Pakt für <b>Mindestlöhne</b>; Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umfassende Information für <b>mobile Arbeitnehmer/innen</b> über ihre sozialen Rechte und Unterstützung bei der Durchsetzung; Ausbau der EU-Beratungsstellen</li> <li>▪ Für eine europäische Rahmenrichtlinie für eine <b>soziale Grundsicherung</b> für alle Menschen</li> <li>▪ <b>Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit</b> am gleichen Ort</li> <li>▪ Wirkungsvolle Umsetzung der Entsenderichtlinie und Personenfreizügigkeit</li> <li>▪ bessere Koordinierung von Entsende- u. Empfängerland</li> <li>▪ Reform der <b>Arbeitszeitrichtlinie</b>; Höchstarbeitszeit prüfen; Anerkennung Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit</li> <li>▪ <b>Garantierte Mindestlöhne</b> in jedem EU-Mitgliedsstaat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Mobilität für Arbeitnehmer</b> erleichtern; Bildungsabschlüsse und Teilleistungen anerkennen</li> <li>▪ System schaffen für unbürokratische <b>Mitnahmen und Anerkennung von Sozialleistungen</b></li> <li>▪ Gegen Einschränkungen der Arbeitnehmer- und <b>Niederlassungsfreiheit</b></li> <li>▪ Grenzüberschreitende <b>Austauschprogramme</b> stärker fördern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umwandlung <b>prekärer Jobs</b> in sozialversicherungspflichtige und unbefristete Jobs; Niedriglöhne bekämpfen</li> <li>▪ <b>Sachgrundlose Befristungen</b> ausschließen</li> <li>▪ <b>Gleicher Lohn für gleiche Arbeit</b> am gleichen Ort</li> <li>▪ Verbot der Leiharbeit</li> <li>▪ Ausnahmeregelungen in <b>Arbeitszeitrichtlinie</b> beseitigen; Für Arbeitszeitverkürzung: Höchstarbeitszeit 40 h/Woche</li> <li>▪ Für eine verbindliche <b>Mindestlohnregelung</b> in Höhe von 60% des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns</li> </ul>
---	--	--	---	---	---

### Sicherheit durch ein vollständiges Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht in Europa

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Nichtdiskriminierung</b> umfassend und <b>Entgeltgleichheit</b> effektiv sicherstellen</li> <li>▪ verbindliche Vorgaben zur Erhöhung des <b>Frauenanteils</b> in Führungspositionen und Aufsichtsräten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umfassenden rechtlichen Schutzrahmen gegen <b>Diskriminierung</b> weiterentwickeln</li> <li>▪ <b>Gleichstellung</b> durch verbindliche europäische Regelungen voranbringen</li> <li>▪ Europäisches Aktionsprogramm gegen <b>Rechtsradikalismus, Antisemitismus</b> und <b>Rassismus</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Gender Budgeting</b> der jährlichen EU-Haushalte</li> <li>▪ Richtlinie zur <b>Entgeltgleichheit</b> umsetzen und um Maßnahmen zur Transparenz und mehr Lohngerechtigkeit ergänzen</li> <li>▪ Verbindliche <b>Frauenquote</b> in Aufsichtsräten großer Firmen und Führungsgremien der EU-Institutionen</li> <li>▪ Einführung <b>paritätischer Wahllisten</b> für die Europawahl</li> <li>▪ <b>Mutterschutz-Richtlinie</b> verabschieden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Für <b>Vielfalt und Gleichstellung</b> sowie gegen Diskriminierung, Rassismus und Homophobie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bekämpfung aller Formen der <b>Diskriminierung</b></li> <li>▪ Verbindliche <b>Frauenquoten</b> in Führungspositionen</li> <li>▪ Recht auf Teilhabe an <b>Erwerbs- und Sorgearbeit</b></li> </ul>
---	---	---	--	---



CDU



SPD



DIE LINKE.

### Sichere Renten in Europa

<ul style="list-style-type: none"> <li>Lebensstandardsichernde <b>Renten</b></li> <li>Europäische Stabilisierung von <b>Betriebsrenten</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Betriebliche <b>Altersvorsorge</b> stärken; Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge verhindern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für eine schrittweise Harmonisierung der nationalen <b>Rentensysteme</b>; armutsfeste, EU-weite <b>Mindestrenten</b></li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>Für EU-weite <b>Mindestrenten</b> und Mindesteinkommen, Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen</li> </ul>
---	---	--	--	--	--

### Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik menschlich gestalten

<ul style="list-style-type: none"> <li>Gefahrenfreie Einreise in die EU für <b>Schutzsuchende</b></li> <li>Praxis der Zurückweisung beenden, <b>FRONTEX</b> muss Seenotrettung garantieren</li> <li>Asylzuständigkeitsregelungen (Dublin II) revidieren, solidarische <b>Verteilung der Lasten</b> zwischen den EU-Ländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für die Einhaltung menschenrechtlicher und <b>humanitärer Standards</b> an den Außengrenzen</li> <li>Wirksamer Schutz der Außengrenzen mit einer Stärkung der europäischen Agentur <b>Frontex</b></li> <li>Für den Schutz politisch Verfolgter; <b>Dublin-Verfahren</b> hat sich grundsätzlich bewährt; Umsetzung eines <b>europaweiten Asylsystems</b> vorantreiben und praktische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten stärken; Strategie zur <b>Rückführung</b> entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Grundsatz der Nichtzurückweisung und Pflicht zur <b>Seenotrettung</b> gewährleisten</li> <li>Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur <b>Frontex</b> weiterentwickeln und verändern</li> <li>Reform der <b>Drittstaatenregelung</b></li> <li>Möglichkeiten der <b>legalen Zuwanderung</b> erhalten und erweitern</li> <li><b>Fluchtursachen</b> bekämpfen: Armut und Ungleichheit in den Gesellschaften überwinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einheitlichen <b>Schutzraum</b> für Flüchtlinge bilden</li> <li>Menschenwürdige <b>Aufnahme von Flüchtlingen</b> in ganz Europa; Europäische Asylunterstützungsbüros fördern</li> <li>Gemeinsame und faire Standards bei <b>Asylverfahren</b></li> <li>Neue Wege für <b>legale und dauerhafte Einwanderung</b> schaffen; z.B. humanitäres Visum</li> <li><b>Dublin-III-Verordnung</b> abschaffen</li> <li><b>Solidarmaßnahmen für Mitgliedsstaaten</b> etablieren, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen</li> <li><b>Eurodac-Datenbank</b> (Fingerabdrücke aller Asylsuchenden) ablehnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einhaltung von <b>Menschenrechten</b> und Rettung von Menschen in Seenot haben oberste Priorität</li> <li>Für ein <b>europaweites System der geregelten Einwanderung</b>; System muss sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten</li> <li>Vorprüfungen der Qualifizierung von <b>Einwanderern aus Nicht-EU-Staaten</b> für mögliche legale Einreise</li> <li><b>Asylrecht</b> muss Grundrecht bleiben; Forderung nach einem europäischen Verteilerschlüssel</li> <li>Asylantragsteller/innen sollen das Recht haben zu arbeiten</li> <li><b>Rückführungsmodalitäten</b> eindeutig regeln und effizient und konsequent ausgestalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Unbedingtes <b>Bleiberecht</b>, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge</li> <li>Grenzschutzagentur <b>Frontex</b> auflösen und Dublin-<b>Asylsystem</b> abschaffen</li> <li>Gegen Arbeitsverbote für <b>Asylsuchende</b></li> <li>Faire Arbeitsbedingungen für <b>Migrant/inn/en ohne regulären Aufenthaltsstatus</b>; Rechtsanspruch auf einen legalen Aufenthaltstitel für alle Erwerbstätigen mit keinem legalen Aufenthaltsstatus</li> </ul>
---	---	---	--	---	--

## 2. Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa

### Ein Europäisches Investitionsprogramm für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (Marshallplan)

<ul style="list-style-type: none"> <li>Zukunftsinvestitionen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung</li> <li>Europäischer Zukunftsfonds fördert Investitionen in Zukunftssektoren (260 Mrd. Euro jährlich)</li> <li>Finanzierung des Grundkapitals für den Fonds über einmalige Vermögensabgabe und mit Finanztransaktionssteuer</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Konsequente Umsetzung der beschlossenen Reformen im Zuge des Stabilitäts- und Wachstumspaktes</li> <li>Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder in der Währungsunion abbauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europäischen Wachstumspakt (120 Mrd. Euro) umsetzen</li> <li>Zugang zu Krediten für Klein- und Mittelständler verbessern</li> <li>Ein europäischer Wachstums- und Aufbaufonds: nicht-genutzte Mittel aus dem EU-Haushalt und aus der europäischen Finanztransaktionssteuer</li> <li>Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik: Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit mit sozialen- und beschäftigungspolitischen Zielen verbinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Green New Deal: Investitionen in die Energiewende, in Klimaschutz und neue Infrastruktur für Jobs und Zukunftsperspektiven; langfristiges und sozial-ökologisch ausgestaltetes Programm im Rahmen des EU-Haushaltes</li> <li>Finanzierung u.a. aus Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sowie Mehreinnahmen aus dem Trockenlegen von Steueroasen</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung zur Förderung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen, verbunden mit einer Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft fördert</li> <li>Finanzierung über bereits bestehende Förderprogramme und eine höhere Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen</li> <li>EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen</li> <li>Einmalige Abgabe auf Vermögen ab 1 Millionen Euro</li> <li>Finanztransaktionssteuer von 0,1%</li> </ul>
--	---	---	--	--	--

### Umbau der Europäischen Union zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion

<ul style="list-style-type: none"> <li>Umfassende Einbeziehung des Europäischen Parlaments im Rahmen der Maßnahmen zur Krisenbewältigung; Stärkere Kontrolle der Kommission</li> <li>Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten wiederherstellen (Einnahmen strukturell erhöhen, Reichtum gerechter verteilen)</li> <li>Einheitlichere Steuerpolitik um Steuerdumping und Steuerflucht zu verhindern</li> <li>Steuerhinterziehung bekämpfen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für den Abbau von Neuverschuldungen, ausgeglichene Haushalte in den EU-Mitgliedsstaaten und strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen; Hilfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen; Troika unterstützt und überwacht</li> <li>Haushalte und Schuldentwicklung in betroffenen Ländern besser überwachen; Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte weiter stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für einen sozialen Stabilitätspakt</li> <li>Einführung Mindeststeuersatz und gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer</li> <li>Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken, die Banklizenz entziehen</li> <li>Steueroasen identifizieren und trocken legen</li> <li>Soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Strukturreformen für Länder, die Hilfskredite bekommen</li> <li>Forderung nach einer Auswertung, wie sich bisherige Krisenmaßnahmen auf Sozialsysteme ausgewirkt haben</li> <li>Altschuldentilgungspakt zur Überwindung der öffentlichen Überschuldung in Europa; Zusammenführung der Altschulden (anteilig) und Aufnahme neuer schulden begrenzen; Finanzierung Vermögensabgaben an einen Altschuldentilgungsfonds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stabilitätsunion voranbringen; Verstöße gegen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit Sanktionen ahnden</li> <li>Am Verschuldungsverbot der EU festhalten</li> <li>Zugriff der EU-Kommission auf Mittel des ESM ablehnen</li> <li>Beschlossene Hilfen im EFSF und ESM zeitliche begrenzen; ESM zurückfahren</li> <li>Europaweite Harmonisierung von Steuersätzen ablehnen</li> <li>Finanztransaktionssteuer ablehnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform der Europäischen Währungsunion (EWU)</li> <li>Ausgleichs-Fonds einrichten; Finanzierung durch Kompensationszahlungen bei ausgebliebenen Reformen</li> <li>„Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ ablehnen;</li> <li>Schuldenstand sozial verträglich senken mit Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen</li> <li>Direkte Kreditvergabe an Staaten durch EZB in festgelegtem Rahmen</li> <li>Gründung einer europäischen Bank für öffentlichen Anleihen</li> </ul>
---	---	--	---	---	---

					
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Banklizenz für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und Einführung von Eurobonds, um Staatsfinanzen von den Finanzmärkten zu entkoppeln</li> <li>▪ Schaffung gemeinsamer fiskalpolitischer Mechanismen, um Wachstum zu fördern und Krisen entgegensteuern zu können</li> <li>▪ verbindliche Koordination nationaler Fiskalpolitiken, Verpflichtung auf konjunktur- und verteilungsgerechter Konsolidierung der öffentlichen Haushalte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidungsstrategien; automatisierten Informationsaustausch zwischen EU-Staaten und international etablieren</li> <li>▪ Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs mit konsequenter Nutzung des sogenannten Reverse-Charge-Verfahrens</li> <li>▪ Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage</li> <li>▪ Gegen Eurobonds und einen Schuldentilgungsfonds</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Umfassendes Programm gegen Steuerdumping und für mehr Transparenz; länderbezogene Berichterstattungspflicht für alle international tätigen Unternehmen</li> <li>▪ Gemeinsame Bemessungsgrundlage für Körperschaftsteuer schaffen und Mindeststeuersatz einführen</li> <li>▪ Ziel: Gemeinsame europäische Steuerpolitik</li> <li>▪ Europäischer Steuerpakt für eine faire Erhöhung der staatlichen Einnahmen zur Finanzierung der sozialen Grundaufgaben</li> <li>▪ ESM in EU-Verträgen verankern</li> <li>▪ Gegen Eurozonen-Haushalt</li> <li>▪ Zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen für Krisenstaaten müssen in EU-Haushalt eingestellt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Euro-Rettung demokratisch kontrollieren; Debatte im Europäischen Parlament stärken, aber Entscheidung allein von Euro-Mitgliedsländern</li> <li>▪ Unabhängigkeit der EZB und Eigenständigkeit der EU-Kommission garantieren</li> <li>▪ No-Bail-Out-Klausel wieder vollständig etablieren</li> <li>▪ Insolvenzrecht für Staaten schaffen; Austritt aus dem Euro ermöglichen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Für ein Programm zur Verbesserung der sozialen Sicherheit; für volle gesellschaftliche Teilhabe</li> <li>▪ Einführung gemeinsamer Staatsanleihen - Eurobonds</li> <li>▪ Kampf gegen Steuerflucht verschärfen</li> </ul>
<p><b>Finanzmärkte wirksam regulieren:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gleiche Mindestvorschriften für alle Finanzmarktakteure</li> <li>▪ Zentralisierung der Bankenaufsicht und Ausstattung mit Eingriffsrechten</li> <li>▪ Öffentlicher Finanz-TÜV für alle Finanzprodukte</li> <li>▪ Begrenzung des Einflusses von Ratingagenturen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Für eine Bankenunion und strengere Regeln für den Finanzmarkt</li> <li>▪ Einheitliche Regeln für große Banken</li> <li>▪ Einheitlicher Abwicklungsmechanismus; Abwicklungsfonds finanziert durch Banken</li> <li>▪ Festhalten am Universalbankensystem</li> <li>▪ Schattenbanken verhindern</li> <li>▪ Nationale Besonderheiten bei europäischen Finanzmarktregeln berücksichtigen</li> <li>▪ Finanztransaktionssteuer einführen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bankenunion mit gemeinsamer Aufsicht, einem System der Einlagensicherung und Mechanismen zur Bankenabwicklung (europäischen Abwicklungsfonds, perspektivisch finanziert von Bankenabgaben)</li> <li>▪ Umsetzung der Finanztransaktionssteuer</li> <li>▪ Deutlichere Einschränkungen von riskanten Geschäften</li> <li>▪ Ende der Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation</li> <li>▪ Trennung von Investment- und Geschäftsbanking</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bankenunion mit klaren Regeln für grenzüberschreitende Finanzdienstleister</li> <li>▪ Gemeinsame unabhängige europäische Bankenaufsicht</li> <li>▪ europäischer Abwicklungsmechanismus; Abwicklungsfonds finanziert von Banken</li> <li>▪ Koordinierte Einlagensicherungssysteme für Einlagen bis 100.000 Euro</li> <li>▪ Höhere Eigenkapitalanforderungen von großen und systemrelevanten Instituten</li> <li>▪ Strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Rekapitalisierung von Banken nicht durch ESM, sondern durch jeweiligen Staat</li> <li>▪ Einheitliche Einlagensicherung ablehnen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Europäische „Bankenunion“ in beschlossener Form ablehnen</li> <li>▪ Für eine kontrollierte Insolvenz; Einlagen der Kleinsparer/innen schützen</li> <li>▪ Investmentbanking abwickeln</li> <li>▪ Schattenbanken auflösen</li> <li>▪ Eigenkapitalquote für Banken deutlich erhöhen</li> <li>▪ Bankensystem sanieren; private Großbanken vergesellschaften</li> <li>▪ Kommunale und genossenschaftliche Geldinstitute gezielt unterstützen</li> <li>▪ Finanz-TÜV einführen</li> <li>▪ Öffentliche europäische Rating-Agentur schaffen</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Schärfere Überwachung der <b>Rating-Agenturen</b></li> <li>▪ Transparenz bei <b>Derivate-Handel</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gleiche Maßstäbe für <b>Schattenbanken</b></li> <li>▪ Europaweiter öffentlicher <b>Finanz-TÜV</b> für Finanzprodukte</li> <li>▪ Striktere Regulierung von <b>Rating-Agenturen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Harte <b>Schuldenbremse</b> für Banken; Eigenkapitalquote: 10% der risikougewichteten Bilanzsumme</li> <li>▪ <b>Zinsänderungsrisiken</b> regulieren</li> <li>▪ Strengere Regeln bei Vergabe von <b>Hypothekenkrediten</b> sowie einfaches, kostengünstiges und sicheres <b>Basisprodukt</b> für die Altersvorsorge</li> <li>▪ Transparenz bei <b>Ratingagenturen</b>; Verpflichtung zu neuem Risikobegriff; Gründung einer unabhängigen Rating-Stiftung</li> <li>▪ Für <b>Finanztransaktionssteuer</b></li> <li>▪ Erweiterung der <b>EU-Zinsrichtlinie</b> auf alle Finanztransaktionen und Harmonisierung auf Länder außerhalb der EU</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>EZB</b> zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung zwingen</li> <li>▪ Demokratische Kontrolle der EZB durch das <b>Europäische Parlament</b></li> <li>▪ <b>Bankenabgabe</b> zur Beteiligung an Krisenkosten</li> <li>▪ <b>Kredite mit einer Sozialgarantie</b> verbinden</li> </ul>
<b>In Europas Jugend investieren!</b>					
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Verbindliche und schnelle Umsetzung und ausreichende Finanzierung der <b>Jugendgarantie</b></li> <li>▪ ein Gemeinschaftsprogramm für Jugendbeschäftigung nach Vorbild des Globalisierungsfonds</li> <li>▪ Vereinfachung der <b>Strukturfonds</b> für Jugendbeschäftigungsprogramme</li> <li>▪ Möglichkeiten im Rahmen des ESF länderübergreifende Kooperationsprojekte zu starten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vereinbarungen zur Jugendgarantie umsetzen</li> <li>▪ Europäische Länder bei der Einführung der dualen Ausbildung unterstützen</li> <li>▪ Bildungssysteme modernisieren</li> <li>▪ Meisterbrief erhalten</li> <li>▪ Jungunternehmer/innen unterstützen</li> <li>▪ Für den Ausbau europäischer Freiwilligendienste</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Europäische Mittel gegen <b>Jugendarbeitslosigkeit</b> in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung stellen</li> <li>▪ <b>Jugendgarantie</b> national und europäisch umsetzen und ausweiten</li> <li>▪ Europäische Qualitätsrahmen für <b>Praktika</b>; fairer Entlohnung und gute fachliche Qualität</li> <li>▪ Vollständige Anerkennung der <b>Meister- und Technikerabschlüsse</b> in Europa</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Jugendbeschäftigungsinitiative</b> finanziell aufstocken</li> <li>▪ Vorrang hochwertige Arbeitsplätze und Qualifizierungsangebote vor Praktika</li> <li>▪ <b>Praktika</b> nur unter Einhaltung der Qualitätscharta für Praktika vom Europäischen Jugendforum</li> <li>▪ Ausreichend Unterstützung für <b>junge Arbeitsmigrant/innen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Etablierung einer dualen <b>Berufsausbildung</b></li> <li>▪ <b>Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt</b> muss bei Mitgliedsstaaten verbleiben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Jugenderwerbslosigkeit</b> durch Sonderprogramme bekämpfen</li> <li>▪ Umfassende „<b>Jugendgarantie</b>“; Arbeitsplätze durch europäisches Zukunftsinvestitionsprogramm</li> <li>▪ <b>Recht auf Ausbildung und Übernahme</b> einführen</li> <li>▪ Sofortprogramm für <b>Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung</b></li> </ul>



### Soziale und ökologische Leitplanken für den Binnenmarkt schaffen

<ul style="list-style-type: none"> <li>Ende der Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik der EU</li> <li>Diskriminierungsfreier und flächendeckender Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge</li> <li>Wirksame Tariftreueregelungen, soziale und ökologische Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe</li> <li>Transparenz und Beteiligung bei Handelsabkommen - Gegen Liberalisierung und Deregulierung durch die Hintertür</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fairer Wettbewerb statt Abschottung von Märkten und Branchen</li> <li>Frühwarnsystem: Überprüfung ob Mittelstand von bestimmten Regeln der EU-Gesetzgebung ausgenommen werden kann</li> <li>Für die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft</li> <li>Öffentliche Daseinsvorsorge sichern</li> <li>Handelsbeschränkungen weltweit abbauen und internationalen Freihandel stärken; Handelshemmnisse abbauen; TTIP vorantreiben; Grundlage dafür EU Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weg von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung und hin zu Wachstum und Innovation mit hoher Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit</li> <li>Schutz der Daseinsvorsorge: Öffentliche Daseinsvorsorge in den Händen der Kommunen</li> <li>Nein zu Vorhaben, die Zwang der Privatisierung beinhalten</li> <li>Freihandelsabkommen dürfen öffentlichen Daseinsvorsorge und Vergabe nicht gefährden</li> <li>Freihandelsabkommen (u.a. mit USA) dürfen nicht die Rechte der Arbeitnehmer/innen aushöhlen; Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte muss erreicht werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ablehnung der Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit</li> <li>Vergabe öffentlicher Aufträge oder interkommunale Zusammenarbeit darf nicht zur Privatisierungsfalle werden</li> <li>Aussetzen der TTIP Verhandlungen und Neustart auf Basis eines transparenten Verfahrens</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes</li> <li>Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptziel der EU-Förderung</li> <li>Europäische Subventionen zurückfahren und auf Wirksamkeit überprüfen</li> <li>Entbürokratisierung und mehr Rechtssicherheit für Unternehmen; Unternehmensgründung erleichtern</li> <li>Vergaberecht und europäische Ausschreibungen vereinfachen</li> <li>Freihandel weltweit vorantreiben, TTIP Verhandlungen mit einem Datenschutzabkommen verbinden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Rücknahme aller EU-Richtlinien und –Verordnungen, die als Grundlage für Privatisierung und Liberalisierung gedient haben</li> <li>Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen erweitert</li> <li>Vergabe von öffentlichen Aufträgen und den Grundsatz der „Guten Arbeit“ sichern</li> <li>Freihandelsabkommen TTIP stoppen</li> <li>Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen Handelsabkommen streichen</li> </ul>
---	---	---	---	---	---

### Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für den sozial-ökologischen Wandel

<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung des sozial-ökologischen Umbaus in der ganzen Breite aller Wirtschaftssektoren</li> <li>Europäische Industrie- und Dienstleistungspolitik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten und Verbraucher orientiert</li> <li>Europäische Innovationspolitik, die die aktive Rolle der Beschäftigten und Kunden im Innovationsprozess stärkt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europa als wettbewerbsfähigen Standort von Industrie, Dienstleistung und Mittelstand stärken</li> <li>Für eine Stärkung des verarbeitenden Gewerbes</li> <li>Bestmögliche Bedingungen für Forschung und Innovation schaffen; Brücken von der Forschung in Märkte schlagen</li> <li>Stärkung der Infrastruktur</li> <li>Für einen europäischen Energiemarkt mit hoher Versorgungssicherheit und industriellen Arbeitsplätzen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europäische Industriepolitik, die auf Innovation und Wachstumspotenziale in den Leitmärkten setzt</li> <li>Für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht als Gegensätze begreift</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Statt schneller Gewinne und der rücksichtslose Plünderung endlicher Ressourcen, grüne Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich am Gemeinwohl und an der Förderung sozialer Gerechtigkeit ausrichtet</li> <li>Konsequenter Klimaschutz, verantwortlicher Umgang mit Ressourcen</li> <li>Neue Agrarwirtschaft ohne industrielle Massentierhaltung</li> <li>Stärkung der Solidarischen Ökonomie</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>Für einen starken öffentlichen Sektor und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen</li> <li>Für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist</li> <li>Rechte der Verbraucher/innen stärken mit klaren gesetzlichen Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und einer öffentlichen Kontrolle der Märkte</li> </ul>
--	---	---	--	--	---

### 3. Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa

#### Demokratiekonforme Marktwirtschaft statt „marktkonforme Demokratie“

- |   |  |   |   |   |  |
|---|--|---|---|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einsetzung eines <b>Vertrags-Konvents</b> mit dem Ziel Europa demokratischer und sozialer zu machen und die Geburtsfehler der Währungsunion zu überwinden</li> <li>▪ Stärkung des <b>Europäischen Parlaments</b>, insb. bei der Wahl des Kommissionspräsidenten und durch eigenes formelles Initiativrecht</li> <li>▪ Wahrung der <b>Gemeinschaftsmethode</b> statt der Unionsmethode</li> <li>▪ Volle Beteiligung des Europäischen Parlaments bei <b>internationalen (Handels-)abkommen</b></li> <li>▪ <b>Vermeidung der Umgehung der europäischen Verträge durch zwischenstaatliche Verträge</b></li> <li>▪ Mehr Transparenz in der <b>Gesetzgebung</b>, informelle Trilogverhandlungen nur in Ausnahmefällen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung des <b>Europäischen Parlaments</b> durch ein eigenes Initiativrecht</li> <li>▪ Für eine begrenzte Zahl von Vizepräsidenten der neuen <b>Europäische Kommission</b>;</li> <li>▪ langfristiges Ziel: Direktwahl des Kommissionspräsidenten</li> <li>▪ <b>EU-Gesetzgebung</b> vereinfachen und eine unabhängige Gesetzesfolgenabschätzung einführen; Rückführung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene ermöglichen</li> <li>▪ Stärkung der <b>parlamentarischen Beratungsmöglichkeiten</b>;</li> <li>▪ bessere Zusammenarbeit der Euroländer in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik</li> <li>▪ Schaffung eines unabhängigen <b>EU-Normenkontrollrats</b></li> <li>▪ <b>EU-Verträge an die wachsende Zusammenarbeit anpassen</b>, bspw. wegen notwendiger Vertiefung der wirtschaftspol. Abstimmung in der Eurozone, Bankenunion</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Reform der <b>EU-Kommission</b>: Ausbau zu einer wahren EU-Regierung, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist</li> <li>▪ Initiativrecht und Budgetrecht für das <b>Europäische Parlament</b></li> <li>▪ „Bürokratie-Check“ für die europäische <b>Gesetzgebung</b>;</li> <li>▪ mehr Zurückhaltung in der <b>Gesetzgebung</b> und Konzentration auf das Wesentliche</li> <li>▪ Strengere Regeln für <b>Lobbyisten</b></li> <li>▪ europäischer Zukunftskongress</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung der <b>Parlamente</b> auf allen Ebenen und enge Zusammenarbeit in einer „Allianz der Parlamente“;</li> <li>▪ Vernetzung der Abgeordneten; Rederecht von Europaabgeordneten in Landtagen; Wahl des Kommissionspräsidenten</li> <li>▪ Für ein <b>Recht der Minderheiten</b>, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen</li> <li>▪ Für einen demokratisch legitimierten <b>Europäischen Konvent</b>, der Zivilgesellschaft und Sozialpartner mit einbezieht; zur Überarbeitung der Europäischen Verträge eingesetzt; Abstimmung über Ergebnisse in europaweitem Referendum; zentrale Themen: Weiterentwicklung der eur. Demokratie, Wirtschafts-, Finanz-, Sozialpolitik</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Europäische Institutionen demokratisieren und die Rechte des <b>Europäischen Parlaments</b> stärken; Klare Kompetenzabgrenzung und – zuweisung</li> <li>▪ Für eine Verkleinerung der <b>Europäischen Kommission</b></li> <li>▪ Weiterentwicklung des <b>Ausschusses der Regionen</b> zur Subsidiaritätskammer</li> <li>▪ Abschaffung des <b>Wirtschafts- und Sozialausschusses</b></li> <li>▪ Abschaffung des <b>Europäischen Rats</b>; Vertretung aller Mitgliedstaaten im Rat der EU</li> <li>▪ Wiederbelebung der Debatte um eine gemeinsame <b>europäische Verfassung mithilfe eines Konvents</b>; Ziel: <b>stärkere eur. Integration</b></li> <li>▪ Grundsätzliche Rückkehr zur <b>Gemeinschaftsmethode</b></li> <li>▪ Substanzuelle Hoheitsübertragung nur mit Volksabstimmung; Kritische Bestandsaufnahme sämtlicher europäischer Zuständigkeiten</li> <li>▪ Schaffung eines <b>Normenkontrollrats</b> zur unabhängigen Abschätzung der Kosten von europäischer Gesetzgebung und Regulierung</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Stärkung des <b>Europäischen Parlaments</b>; gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat; inkl. Vorschlag und Wahl der Europäischen Kommission und deren Präsidenten; Initiativrecht für das Europäische Parlament im Gesetzgebungsverfahren</li> <li>▪ Forderung nach EU-weiten und verbindlichen <b>Volksentscheiden</b></li> <li>▪ Für eine <b>Verfassung</b> für Europa; inkl. Abstimmung durch Referendum</li> </ul> |
|---|--|---|---|---|--|



CDU



SPD



DIE LINKE.

### Grundrechte sichern und fördern!

- Grundrechte wahren und stärken – Europäische Verträge respektieren
- Vorrang sozialer Grundrechte vor wirtschaftlichen Freiheiten vertraglich verankern ("Soziale Fortschrittsklausel" in den EU-Verträgen)
- Jede Einschränkung des Streikrechts abwehren
- Opt-out einzelner Mitgliedstaaten von der Grundrechtecharta beenden
- Stärkere Überprüfung der Einhaltung der Grundrechte
- Beitritt der EU zur revidierten Europäischen Sozialcharta und ihren Protokollen, zu UN-Menschenrechtspakten und -Konventionen sowie allen wichtigen ILO-Übereinkommen zum Schutz der sozialen Rechte

- Charta der Grundrechte mit mehr Leben füllen
- Achtung der Menschenrechte; Menschenrechte als wesentlicher Teil einer wertegeleiteten europäischen Außenpolitik

- Soziale Grundrechte müssen mindestens gleichrangig mit Marktfreiheit im Binnenmarkt sein, nicht untergeordnet

- Für eine "Soziale Fortschrittsklausel" im EU-Recht
- Vorrang der öffentlichen Daseinsvorsorge und Wohnraumvorsorge vor europäischem Wettbewerbsrecht
- Anerkennung VN-Konvention Menschenrecht mit fünfter Antidiskriminierungsrichtlinie
- Neue Mechanismen und Instrumente zur Vorbeugung der Verletzung von Grund- und Menschenrechten, z.B. stärkeres Monitoring, Frühwarnsysteme etc.

- Achtung der Charta der Grundrechte in allen Mitgliedstaaten; Start einer neuen Grundwerteinitiative

- Für eine Sozialcharta bei Hilfen für die Krisenstaaten
- Vorrang sozialer Grundrechte, erreichten Standards und Tarifautonomie vor Freiheit der Märkte
- Für eine "Soziale Fortschrittsklausel" in den EU-Verträgen; Revision der Grundsatzverträge der EU mit Volksabstimmung in allen EU-Mitgliedstaaten; Beitritt zur Sozialcharta
- Für ein Beschwerderecht der Gewerkschaften beim Europarat bei Verstößen gegen soziale Grundrechte